

Nr. 6865 N

II-14239 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994-07-05

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend ambulante psychiatrische Versorgung - Teil 3

In einigen Bundesländern ist der Aufbau dezentraler gemeindeorientierter psychosozialer Dienste zum Stillstand gekommen, in einzelnen Bezirken können mangels finanzieller Förderung der Landesstellen bestehende Dienste nicht aufrechterhalten werden. Dies bedeutet eine enorme Schlechterstellung für psychisch Kranke und Behinderte, insbesondere mit chronischem Verlauf, die in Österreich weitgehendst unterversorgt sind. Die Arbeitsgruppe "Bedürfnisgerecht psychiatrische Versorgung" des Beirates für psychische Hygiene hat 1992 einen Abschlußbericht einschließlich des Entwurfes einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern vorgelegt. Vor genau einem Jahr antwortete Ihr Vorgänger Dr. Ausserwinkler auf unsere Anfrage 4767/J betreffend ambulante psychiatrische Versorgung - Teil 2, er habe die Absicht, die Thematik der Umsetzung der Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe im Rahmen der nächsten Gesundheitsreferentenkonferenz zu erörtern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Wurde die Thematik der Umsetzung der Empfehlungen der oben genannten Arbeitsgruppe des Beirates für psychische Hygiene bei einer Gesundheitsreferentenkonferenz erörtert?
Wenn ja, wann und was waren die konkreten Ergebnisse?
Wenn nein, warum nicht?
- 2) Wie gestaltet sich die konkrete Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe "bedürfnisgerechte psychiatrische Versorgung"?
- 3) Was werden Sie für den unbedingt nötigen weiteren Aufbau einer gemeindeorientierten Psychiatrie mit einer dezentralen psychosozialen Versorgung der österreichischen Bevölkerung unternehmen?